

Antrag 125/I/2024**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Unser Weg in ein faires Steuersystem**

1 Vermögen sind in Deutschland derzeit extrem ungleich
2 verteilt. Nach Zahlen des Deutschen Instituts für Wirt-
3 schaftsforschung gehören den reichsten 10 Prozent in
4 Deutschland 65 Prozent der Vermögen. Umgekehrt besit-
5 zen die ärmsten 40 Prozent gar kein Vermögen. Sie ste-
6 hen den derzeitigen Krisen ungeschützt gegenüber. Da-
7 mit hat Deutschland in Europa im Bereich der Vermö-
8 gensungleichheit eine negative Sonderstellung. Es gibt in
9 diesem Feld kaum eine Demokratie, die ungleicher ist als
10 Deutschland. Das ist ein Zustand, den wir als Sozialdemo-
11 kratie nicht hinnehmen können und wollen. Daher wol-
12 len wir die Beseitigung der Vermögensungleichheit ins
13 Zentrum unserer Politik stellen. Denn eine ungleiche Ge-
14 sellschaft ist oft auch eine instabile Gesellschaft. Wir ge-
15 ben wenigen Menschen eine Fülle an Macht, die in ei-
16 ner Demokratie nicht hinnehmbar ist. Wir erleben aktu-
17 ell wie der Überreichtum weniger Menschen wächst wäh-
18 rend auf der anderen Seite auch die Armut in Deutschland
19 immer weiter zunimmt. Dabei hängen Reichtum und Ar-
20 mut strukturell zusammen.

21
22 Als zentrales Instrument für die Eindämmung der Vermö-
23 gensungleichheit sehen wir die Steuerpolitik. In den letz-
24 ten Jahrzehnten gab es keine großen Reformen im Bereich
25 der Steuern. Wir als Sozialdemokratie wollen eine große
26 Reform wagen, die im Ergebnis die Überreichen belastet
27 und umgekehrt den Großteil der Bevölkerung entlastet.
28 Wir wollen eine Steuerreform die einen handlungsfähigen
29 Staat und Investitionen in die Zukunft ermöglicht.

30

31 1. Steuerprivilegien abschaffen

32 Wir stellen Steuerprivilegien auf den Prüfstand und wer-
33 den sie insbesondere in den Bereichen abschaffen, wo sie
34 gesellschafts-, umwelt- oder klimaschädliche oder uner-
35 wünschte Wirkungen entfalten.

36

37 2. Eine progressive Erbschaftsteuer

38 Die derzeitige Ausgestaltung der Erbschaftsteuer ist für
39 uns kein hinnehmbarer Zustand. Aktuell zahlen vor allem
40 die mittleren Erbschaften, während die hohen Erbschaf-
41 ten steuerlich meist komplett verschont werden. Ab ei-
42 ner Erbschaft von 10 Millionen Euro wird die Steuer so-
43 gar regressiv. Daher brauchen wir eine umfassende Re-
44 form. Das Bundesverfassungsgericht hat uns mit zwei Ur-
45 teilen hier den Weg aufgezeigt. Wir müssen erstens die
46 umfassenden Ausnahmen für Erb*innen von Unterneh-
47 men abschaffen. Wir streben eine Gleichbehandlung aller

Empfehlung der Antragskommission**Vertagung LPT II/2024 (Konsens)**

48 Erbschaften an, so wie es auch das Bundesverfassungsge-
49 richt mittlerweile zwei Mal geurteilt hat. Für Erbschaften
50 von Unternehmen sollen Stundungen, Streckungen oder
51 der Staat als stiller Teilhaber möglich sein. Damit ist der
52 Weiterbetrieb der Unternehmen sichergestellt.

53 Zweitens wollen wir die unzähligen Umgehungswege der
54 Steuer radikal abschaffen. Geld in Stiftungen zu packen,
55 große Summen an Kinder zu verschenken, das darf nicht
56 mehr dazu führen, dass keine Erbschaftsteuer anfällt. Ge-
57 rade Menschen mit großen Erbschaften müssen ihren Teil
58 zum funktionierenden Staat beitragen. Unser Ziel ist da-
59 her die Rückkehr zu einer progressiven Steuer. Eine Flat Tax
60 wie sie die CDU vorschlägt lehnen wir klar ab.

61 Im Gegenzug wollen wir den Freibetrag bei der Erbschaft-
62 steuer auf eine Million Euro erhöhen und ihn zu ei-
63 nem einmalig nutzbaren Lebensfreibetrag umwandeln.
64 Die selbstgenutzte Immobilie soll auch weiterhin nicht
65 zum Freibetrag gezählt werden. Eine solche Reform würde
66 höhere Einnahmen bei der Steuer mit sich bringen, wür-
67 de aber vor allem die sehr hohen Erbschaften betreffen.
68 Es wäre zudem eine klare Vereinfachung einer heute sehr
69 komplexen Steuer.

70

71 **3. Einführung des Grunderbes**

72 Derzeit werden nur zwei Prozent des Erbvolumens im ge-
73 samten ostdeutschen Gebiet weitergegeben. Damit ver-
74 festigt sich eine gravierende Vermögensungleichheit zwi-
75 schen Ost- und Westdeutschland immer weiter. Ohne ein
76 Eingreifen in das Erben wird sich an diesem Zustand auch
77 nichts ändern. Da die Erbschaftsteuer den Ländern zu Gu-
78 te kommt wird diese alleine die ungleiche regionale Ver-
79 teilung von Erbschaften nicht ändern. Daher wollen wir
80 das Konzept des Grunderbes weiterentwickeln und ent-
81 führen. Wir wollen mit dem Grunderbe jedem zwischen
82 18 und 21 Jahren ein staatliches Erbe von 20.000 Euro steu-
83 erfrei geben. Mit dem Grunderbe sollen junge Menschen
84 in einer entscheidenden Lebensphase die Möglichkeit ha-
85 ben, ihre Ideen umzusetzen. Diese können das Geld zum
86 studieren, für eine Ausbildung oder für Investitionen nut-
87 zen. Das DIW hat ausgerechnet, dass die Einführung ei-
88 nes Grunderbes die Vermögen der unteren Hälfte der Be-
89 völkerung um 60 bis 90 Prozent steigen lässt. Die Maß-
90 nahme würde jährlich 15 Milliarden Euro kosten und soll
91 durch die Erhöhung der Erbschaftsteuer für sehr hohe Erb-
92 schaften finanziert werden. Weitere Instrumente der Um-
93 verteilung wollen wir prüfen.

94

95 **4. Vermögensteuer? Brauchen wir!**

96 Seit den 80er Jahren wurden die Steuern auf Vermögen in-
97 nerhalb der OECD und vor allem auch in Deutschland mas-
98 siv abgebaut. Dieser Abbau hat zur Folge, dass wir heute
99 eine in Deutschland noch nie dagewesene Vermögensun-
100 gleichheit erleben können. Wir haben eine Vermögensun-

101 gleichheit, die den Fortbestand unserer Demokratie mitt-
102 lerweile gefährdet. Deswegen ist für uns klar, dass die
103 ausgesetzte Vermögensteuer wieder eingesetzt werden
104 muss. Die Ausgestaltung der Vermögensteuer soll sich da-
105 bei vor allem auf die besonders reichen Teile der Bevöl-
106 kerung konzentrieren. Neben natürlichen Personen sollen
107 auch juristische Personen in die Vermögensteuer einbe-
108 zogen werden. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts
109 wollen wir bei der Wiedereinsetzung der Steuer naturge-
110 mäß umsetzen.

111

112 **5. Kapitalertragsteuer**

113 Wir setzen uns für eine Reform der Kapitalertragsteuer
114 ein. Derzeit werden Kapitalerträge niedriger besteuert als
115 Arbeitseinkommen. Das führt zu einer niedrigen steuer-
116 lichen Belastung gerade für Menschen mit viel Geld. Das
117 wollen wir nicht länger hinnehmen. Deswegen wollen wir
118 die Kapitalertragsteuer deutlich erhöhen. Zweitens wol-
119 len wir eine progressive Steuer statt eines Einheitssatzes
120 von 25 Prozent. So kann sichergestellt werden, dass gera-
121 de Menschen mit sehr hohen Erträgen ihren fairen Anteil
122 an Steuern zahlen.

123

124 **6. Wir senken die Steuern auf Arbeit für Geringverdie-** 125 **ner*innen**

126 Kein anderes Land besteuert die Arbeit so hoch und die
127 Vermögen so niedrig, wie es Deutschland tut. Das führt
128 zu großen Ungerechtigkeiten im Steuersystem. Die Be-
129 steuerung von Einkommen werden wir daher gerechter
130 gestalten. Das aktuelle Steuersystem nimmt gerade mitt-
131 lere Einkommen zu stark in Anspruch. Die finanziellen Las-
132 ten der Krisenbewältigung dürfen für die ohnehin stark
133 strapazierte große Mehrheit der Bürger*innen nicht zu ei-
134 ner steuerlichen Mehrbelastung führen. Im Gegenteil: Wir
135 wollen die Steuern für die Mehrheit senken. Wir werden
136 eine Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und
137 mittlere Einkommen besserstellt, die Kaufkraft stärkt und
138 dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die
139 Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heran-
140 zieht. Die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel wol-
141 len wir senken.

142

143 **7. Überreichtum bekämpfen**

144 Derzeit erleben wir, wie wenige Menschen einen immer
145 größeren Reichtum auf sich vereinen können. Mit 40 Mil-
146 liarden Euro Privatvermögen sind die BMW Erb*innen Su-
147 sanne Klatten und Stefan Quandt derzeit die reichsten
148 Deutschen. Trotz wirtschaftlicher Krise sind die Vermögen
149 der Top 500 in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr um
150 insgesamt 82 Milliarden Euro auf knapp 1,1 Billionen Eu-
151 ro gestiegen. Die Zahl der Milliardär*innen ist auf 226 ge-
152 stiegen. In eine solche Entwicklung wollen wir eingreifen.
153 Denn für uns ist ein solcher Überreichtum mit einer De-

154 mokratie nicht vereinbar. Menschen bekommen eine sol-
155 che Machtfülle, der wir entgegen treten wollen. Bis zur Er-
156 stellung des nächsten Bundeswahlprogramms soll daher
157 eine Kommission gegründet werden und fundierte Vor-
158 schläge erarbeiten, wie wir den derzeitigen Überreichtum
159 bekämpfen können.

160

161 **8. Abschaffung des Ehegattensplittings**

162 Das Ehegattensplitting steht gerade bei den mittleren Ein-
163 kommen der Steuer- und Geschlechtergerechtigkeit ent-
164 gegen. Es erhält zusätzlich den Anreiz, mehrheitlich Frau-
165 en vom Arbeitsmarkt fernzuhalten und subventioniert ei-
166 ne veraltete Rollenverteilung.

167

168 **9. Gut ausgestattete Steuerbehörden**

169 Wir erleben derzeit, wie viele reiche Menschen versuchen,
170 legal und illegal Steuern zu sparen. Nie war das Kapi-
171 tal mobiler und nie wurde stärker versucht, mit illega-
172 len Mitteln Steuern zu umgehen. Derzeit treffen Kriminel-
173 le auf schlecht ausgestattete Steuerbehörden. Wir wollen
174 die Mittel für die Steuerbehörden daher massiv erhöhen.
175 Jede neu geschaffene Stelle bringt derzeit ein Vielfaches
176 an steuerlichen Mehreinnahmen mit sich, es ist ein gutes
177 Geschäft für den Staat. Wir brauchen Steuerfahnder*in-
178 nen mit den besten digitalen Ermittlungsmöglichkeiten,
179 die gut ausgestattet sind und einen länderübergreifenden
180 Austausch sicherstellen können. Die bessere Ausstattung
181 der Steuerbehörden hat bei den nächsten Haushaltsbera-
182 tungen für uns eine sehr hohe Priorität.

183

184 **10. Investitionen in die Zukunft**

185 Unsere oben skizziertes Steuerkonzept ermöglicht es uns
186 auch, wieder wichtige Investitionen in die Zukunft zu tä-
187 tigen. Mit dem Klimakrise, der Bildung der Zukunft und
188 der Digitalisierung brauchen wir Spielräume für staatli-
189 che Zukunftsinvestitionen. Nur diese können garantieren,
190 dass wir den gesellschaftlichen Wandel auch sozial ge-
191 recht gestalten können. Um weitere Zukunftsinvestitio-
192 nen tätigen zu können, müssen wir uns neben dem Um-
193 bau des Steuersystems auch mit der Schuldenbremse be-
194 fassen. Wir fordern die Bundesregierung auf, Spielräume,
195 die die Schuldenbremse ermöglicht, auch zu nutzen. Per-
196 spektivisch wollen wir die Schuldenbremse in Gänze ab-
197 schaffen und dazu auch konkret in Verhandlungen mit an-
198 deren Parteien treten.

199

200 **11. Die nächste SPD Regierung ist eine Regierung der Steu- 201 ergerechtigkeit**

202 Deutschland verfügt derzeit über ein ungerechtes Steuer-
203 system. Während die niedrigen und mittleren Einkommen
204 hohe Belastungen tragen müssen, müssen Vermögende
205 kaum etwas beitragen. Für uns hat eine Steuerreform da-
206 her hohe Priorität. Denn laut Berechnungen des Netz-

207 werk Steuergerechtigkeit zahlt die/der deutsche Muster-
208 Millionär*in auf das Einkommen von 1,6 Millionen Euro
209 nur 21 % Steuern. Während das Durchschnittspaar mit ei-
210 nem Bruttoeinkommen von 110.000 Euro eine Steuer- und
211 Abgabenquote von 43 % trägt.